

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894**

30.4.1894 (No. 117)

# Karlsruher Zeitung.

Montag, 30. April.

N<sup>o</sup> 117.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einschlagungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 30. April.

Daß eine Parlamentsauflösung eine zweifelhafte Maßregel ist, hat in den letzten Wochen das Ministerium Taf von Portoliet in den Niederlanden erfahren müssen. Das Ministerium hatte der Königin-Regentin die Auflösung der Kammer empfohlen, weil es in der letzteren keine Mehrheit für die von ihm vorgeschlagene Wahlreform fand; aber die Neuwahlen haben das Uebergewicht der Gegner der ministeriellen Wahlreformvorlage in der Kammer bestätigt. Nachdem am 25. April die Nachwahlen vollzogen worden waren, ergab sich, daß in der neuen Kammer 56 Gegner und nur 44 Anhänger der Taf'schen Wahlreform vorliegen. Das Ministerium Taf hat nun die allgemein erwartete Schlussfolgerung aus diesem Wahlergebnisse gezogen, indem es am Samstag Vormittag der Königin-Regentin sein Entlassungsgesuch einreichte. Die Situation ist einigermaßen schwierig. Eine einfache Umbildung des liberalen Ministeriums ist nicht wohl möglich, da die Kollegen des Herrn Taf von Portoliet sich mit ihm in der Frage der Wahlreform solidarisch erklärt haben. Ein aus den Reihen der politischen Gegner Taf's gebildetes Kabinett würde jedoch keinen leichten Stand haben, da die Niederlage der Regierung bei den Wahlen hauptsächlich dadurch herbeigeführt wurde, daß die Liberalen von Herrn Taf abfielen und ein Bündniß mit der ultramontanen Partei eingingen. Dieses Bündniß ist ein bisher in den Niederlanden noch nicht dagewesenes Ereigniß gewesen und ob auf einer solchen Grundlage ein neues Kabinett mit der Aussicht auf Bestand gebildet werden kann, das ist die Frage, welche durch die Demission des Ministeriums Taf von Portoliet unmittelbare Bedeutung erlangt hat.

## Deutschland.

\* Berlin, 29. April. Ihre Majestät die Kaiserin ist gestern Nachmittag um 5 Uhr mit den kaiserlichen Prinzen aus Abbazia auf der Wildparkstation eingetroffen, wo die hohe Frau von einem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt wurde, und begab sich sodann mittelst Wagens nach dem Neuen Palais.

Der preussische Etat ist nun in beiden Häusern des Landtags erledigt, was allerdings schon vor einem Monate hätte geschehen müssen, wenn der Etat rechtzeitig fertig gestellt werden sollte. Im Herrenhause wurde gestern die Etatberatung zu Ende geführt. Bei der Beratung des Eisenbahnetats erklärte Minister Thielen, daß die hölzernen Bahnschwelle nur da durch eiserne ersetzt werden sollen, wo sich dies infolge der Bodenbeschaffenheit empfiehlt. Finanzminister Miquel theilte mit, durch den Mehrertrag der Eisenbahnen gegen den Voranschlag werde das Defizit um etwa 20 Millionen vermindert. Im weiteren Verlauf der Debatte berichtete Minister Thielen, beim Jahreschlusse würden 1000 Kilometer Kleinbahnen vorhanden sein. Auf das politische Gebiet spielte eine Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg und dem Grafen Hohensthal über. Graf Hohensthal nahm Anstand daran, daß die preussische Regierung den Erlaß vom Jahre 1882, der den Beamten eine Theilnahme an der Agitation gegen die Regierung verbietet, wieder in Erinnerung gebracht hat. Es sei kein Fall einer Agitation eines Beamten gegen die Regierungspolitik bekannt geworden, der Erlaß hätte also auch gar keine Bedeutung für die Gegenwart gehabt. Der Ministerpräsident erwiderte, der Erlaß von 1882 lege den Beamten die Pflicht auf, ihre Stellung zur Regierung unter allen Umständen mit ihren Amtspflichten in Uebereinstimmung zu bringen. Graf Hohensthal habe sich wohl nicht weit umgesehen, wenn er meint, zur Wiederholung der Einbürgerung des Erlasses habe kein Anlaß vorgelegen. In Wirklichkeit lag die Gefahr vor, daß die Rändertheile in die sehr heftige wirtschaftliche Bewegung hineingezogen wurden; deshalb habe die Verfügung in Erinnerung gebracht werden müssen und er glaube, damit den Beamten einen Gefallen gethan zu haben. Schließlich wurden der gesammte Etat, das Etatsgesetz und das Anleihegesetz angenommen. Der Tag der nächsten Sitzung ist unbestimmt.

Das Abgeordnetenhaus nahm gestern die zweite Lesung der Novelle zur Synodalordnung vor. Es ist bekannt, daß die Vorlage in der Kommission durch die Stimmen der Konservativen und des Centrums angenommen worden ist, während die liberalen Mitglieder, nachdem das von ihnen den Konservativen angebotene Kompromiß abgelehnt worden war, sich der Betheiligung an den Kommissionsbeschlüssen enthielten. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses motivirte der Abg. v. Eynern die Stellung der Nationalliberalen. Er führte

aus, die Vorlage solle nach der Absicht der Regierung ein Friedensgesetz sein, aber in der Praxis werde es in dem entgegengesetzten Sinne wirken. Früher habe die Centrumpartei in Fragen der evangelischen Kirche sich der Abstimmung enthalten; jetzt sei die Entscheidung einer solchen Frage durch das Centrum zugelassen worden und dies gerade zu einer Zeit, in welcher der summus episcopus außer Lande weile. Kultusminister Bosse erklärte, er halte die Ansicht aufrecht, daß die Vorlage den Geist des Friedens und der Versöhnung zum Ausdruck bringe. Nach der ernstesten Prüfung der Sache sei er zu dem Entschlusse gekommen, daß er keine Veranlassung habe, von dem Prinzip der Vorlage abzugehen. Abg. Stöcker betonte, ihm gehe der Gesetzentwurf noch lange nicht weit genug; Abg. Febr. v. Zedlitz führte aus, er halte, abweichend vom Herrn v. Eynern, dafür, daß das Gesetz die notwendigen Garantien enthalte, um eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes zu verhindern; Abg. Porck wahrte den katholischen Mitgliedern des Hauses das Recht, an Abstimmungen über Gesetze, welche die protestantische Kirche betreffen, theilzunehmen, besonders wenn davon das Schicksal des Gesetzes abhängt. Abg. Enneccerus sah in der Rede Stöcker's den besten Beweis dafür, daß die Vorlage nicht als ein Friedensgesetz wirken werde; er vertrat das von nationalliberaler Seite in der Kommission angebotene Kompromiß. Zwischen Herrn Stöcker und den beiden Nationalliberalen v. Eynern und Enneccerus kam es zu scharfen persönlichen Auseinandersetzungen. Schließlich wurde der § 1 nach Ablehnung der von Enneccerus und dem Febr. v. Zedlitz gestellten Anträge mit den Stimmen der Konservativen und des Centrums angenommen, sodann durch dieselbe Majorität auch der Rest des Gesetzes.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. April. Nachdem der Ausschuss des ungarischen Magnatenhauses die Civilehevorlage angenommen hatte, dürfte am 7. Mai die Generaldebatte der Vorlage im Plenum ihren Anfang nehmen. Bei der Plenarberatung wird von der Opposition der Antrag auf Streichung des Wortes „obligatorisch“ und auf lebenslängliche Unlösbarkeit der Civilehe gestellt werden. Beides hat die Regierung auf eine Anfrage von Seite der Opposition aber für unannehmbar erklärt. Die Opposition wird auch voraussichtlich mit keinem der beiden Anträge durchdringen. Nachdem im Ausschuss 38 Mitglieder für und nur 15 gegen die Vorlage gestimmt haben, glaubt man überwiegend, daß das Plenum des Magnatenhauses die Vorlage unverändert annehmen wird.

## Frankreich.

Paris, 29. April. Vor dem Pariser Schwurgericht sind gestern die Verhandlungen gegen den Anarchisten Emile Henry, der des Dynamitverbrechens im Café Terminus, sowie in der rue des bons enfants angeklagt war, zu Ende gegangen. Gestern wurden die Verhandlungen zunächst mit der Vernehmung der Belastungszeugen fortgesetzt; es ergab sich aus den Aussagen aber wenig Neues. Der Leiter des städtischen Chemischen Laboratoriums ist überzeugt, daß die in der rue des bons enfants gefundene Bombe nicht durch eine einzige Person geschlossen werden konnte und daß der Urheber dieses Attentats Mitschuldige haben müsse; Henry versicherte dagegen wiederholt, allein der Schuldige zu sein. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Geisteszustand des Verbrechers. Die als Zeugen vorgeladenen ehemaligen Lehrer und Schulkameraden Henry's hoben die geistigen Fähigkeiten des Angeklagten hervor. Der Arzt Dr. Goupil sagte aus, er halte Henry für geistesgestört; Henry erhob jedoch dagegen lebhaft Einspruch und beanspruchte volle Verantwortlichkeit für alles, was er gethan hat. Nach dem Zeugenverhör folgte das Plaidoyer des Generaladvokaten Bulot, der in beredten Worten strenge Anwendung des Gesetzes forderete. Bulot beantragte die Todesstrafe für Henry, der in vollem Maße verantwortlich sei. Darauf begann das Plaidoyer des Verteidigers.

## Schweden und Norwegen.

Christiania, 28. April. Das Storting hat mit 77 gegen 34 Stimmen die Bewilligung von 253 000 Kronen für die Feldmanöver dieses Sommers abgelehnt. Die radikale Mehrheit des Storthings läßt in der letzten Zeit eben keine Gelegenheit vorübergehen, ohne seine scharfe Oppositionsstellung zum Ausdruck zu bringen.

## Derschiedenes.

W. München, 28. April. (Die hiesige Künstlergenossenschaft) brachte in ihrer gestrigen Monatsversammlung seiner Majestät dem Kaiser eine begeisterte Huldigung dar und sandte Allerhöchstdemselben ein Telegramm mit dem Ausdruck des innigsten Dankes dafür, daß durch die Kaiserliche Ent-

schließung die Galerie des Grafen Schack der Stadt München erhalten bleibt.

C.B. Wien, 28. April. (In dem hier vor dem Schwurgericht verhandelten Spielerprozeß) auf dessen Verlauf wir noch zurückkommen werden, wurde der professionsmäßige Spieler Lichtner, nachdem ihn die Geschworenen des Betrugs beim Hazardspiel einstimmig schuldig befunden hatten, zu fünfjährigem schweren Kerker, verhärtet mit Ketten, zu 800 Gulden Geldstrafe und zur Stellung unter Polizeiaufsicht nach verbüßter Haft verurtheilt.

\* Athen, 28. April. Ueber die verheerenden Wirkungen des Erdbebens in Griechenland wird aus Atalante berichtet: Die Zerstörungen im östlichen Vorkis spotten der Beschreibung. Wo Häuser stehen geblieben sind, ist eine Annäherung gefährlich. Alles lagert im Freien. Es herrscht Mangel an Nahrungsmitteln, die Erregung und die Verärgung sind groß. Im Hafen von Atalante verankert heute Nacht ein eben mit 2000 Broden angekommenes Schiff. Das Gebirge zeigt heute in seiner ganzen Länge Risse und immerfort erbebt sich noch der Erdboden.

## Neueste Telegramme.

Berlin, 30. April. Die Sonntagsnummer der sozialdemokratischen „Neuen Welt“ wurde beschlagnahmt.

Pest, 30. April. Gestern wurde laut Frankf. Zeitung auf den Pestker Eilzug im Centralbahnhof ein Revolverbeschuss abgegeben. Die Kugel drang in einen Wagen zunächst einem von Erzherzog Josef besetzten Coupé, durchbohrte das Fenster und drang in eine von einem Ministerialrath bewohnte Wohnung. Es wurde Niemand verletzt. Die Gerüchte über ein angeblich beabsichtigt gewesenes Attentat sind nicht begründet.

Paris, 30. April. Der Anarchist Henry ist gestern Abend nach dem Gefängniß La Roquette überführt worden. Er weigert sich, gegen das Urtheil des Gerichtshofes Berufung einzulegen. Die Hinrichtung Henry's wird voraussichtlich demnächst erfolgen.

Lyon, 30. April. Gestern fand die Eröffnung der hiesigen Industriestaustellung statt. Der Handelsminister hielt eine Rede, in welcher er die Bedeutung der Ausstellung, die zur Hebung des Handels beitragen werde, hervorhob.

London, 30. April. Die Polizei durchsuchte die Wohnung von Henry van Dierk, dem Drucker und Verleger des deutschen anarchischen Blattes: „Der Lumpenproletarier“. Sie beschlagnahmte mehrere Exemplare dieser Zeitschrift und durchsuchte auch die übrigen Räume des Hauses.

Stockholm, 30. April. Der Finanzausschuss richtete an den Reichstag den Antrag, den Kaffe Zoll von 12 auf 25 Dore und den Zoll auf Surrogate von 20 auf 35 Dore zu erhöhen. Nach der Begründung soll die Maßnahme den infolge des starken Steigens der einheimischen Zuckersfabrikation entstandenen Ausfall in den Einnahmen decken.

St. Petersburg, 30. April. Gutem Vernehmen nach werden die Kosten der Landesstempel für die deutschen, französischen und holländischen Inhaber der zur Konversion in die neue 4 prozentige Rente gelangenden Orientanleihe und Bankbilletts von der russischen Regierung übernommen.

St. Petersburg, 30. April. Der „Regierungsanzeiger“ meldet, der Bewerber des Justizministeriums, Murawjew, sei als Minister bestätigt worden.

St. Petersburg, 30. April. Anlässlich des Auftretens der Cholera in den an Poldolien angrenzenden österröschischen Gebieten verfügte der Minister des Innern die Eröffnung von Gesundheitsstationen in Islawozj, Gusjatin, Sakow und Satanow.

Konstantinopel, 30. April. Die „Agence de Constantinople“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Blättergerichte von einer angeblichen Reise des Sultans nach Europa durchaus unbegründet sind und die hierüber verbreiteten Einzelheiten auf Erfindung beruhen. Der Sultan habe niemals die ihm zugeschriebene Absicht gehegt.

Madrid, 30. April. Die Regierung erklärte, die portugiesischen Gegenden des linken Tajo-Flusses für choleraverdächtig. In Castellobranco, nahe der Grenze, kamen einige Cholerafälle vor.

Lissabon, 30. April. Infolge der Flucht der brasilianischen Aufständischen sind die Kommandanten des „Mindelho“ und des „Albuquerque“ ihrer Stellung enthoben worden. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt, das untersuchen soll, wer an dem Entweichen der Brasilianer Schuld trägt.

Nach einer Meldung aus Montevideo suchen Soldaten, und die übrigen von den portugiesischen Schiffen entkommenen Brasilianer fortbauend in die Provinz Rio Grande do Sul einzudringen, werden jedoch daran verhindert. Die brasilianischen Kriegsschiffe sind nach der Insel Ascension gefahren.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garter in Karlsruhe.

